



BUNDESGESELLSCHAFT
FÜR ENDLAGERUNG

Bericht der BGE mbH über die Durchführung des Standortauswahlverfahrens

II. Quartal 2020

Stand 30.06.2020

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	2
Abbildungsverzeichnis	3
Tabellenverzeichnis	3
Abkürzungsverzeichnis	5
1 Einführung	7
1.1 Start des Standortauswahlverfahrens	7
1.2 Veranlassung	7
1.3 Gegenstand und Zielsetzung	7
1.4 Phasen des Standortauswahlverfahrens	8
2 Phase I Standortauswahlverfahren	10
2.1 Ermittlung von Teilgebieten gem. § 13 StandAG	11
2.1.1 Entwicklung des Gesamtprojektes und terminführender Pfad	30
2.1.2 Weitere wesentlichen Aktivitäten im Berichtszeitraum	31
2.2 Ermittlung von Standortregionen für die übertägige Erkundung gem. § 14 StandAG	31
3 Forschung und Entwicklung	33
4 Öffentlichkeitsarbeit	34
5 Literaturverzeichnis	36
Anzahl der Blätter dieses Dokumentes	37

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Schematischer Ablauf des Standortauswahlverfahrens.	10
Abbildung 2:	Darstellung der Berichtsstruktur für den Zwischenbericht Teilgebiete (Version 07).	30

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Aktueller Stand der Arbeitsschritte zur Erreichung des MS „Veröffentlichung der Teilgebiete mit zu erwartenden günstigen geologischen Voraussetzungen für die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle“.	11
Tabelle 2:	Übergreifende Risiken für die Erreichung des MS „Veröffentlichung der Teilgebiete mit zu erwartenden günstigen geologischen Voraussetzungen für die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle“ und Erläuterung der Prävention- (P) und Kompensationsmaßnahmen (K).	12
Tabelle 3:	Erläuterung der Teilschritte im Rahmen des Arbeitsschrittes 1 Anwendung der Ausschlusskriterien gem. § 22 StandAG und den identifizierten Risiken inklusive Einschätzung der Eintrittswahrscheinlichkeit (EW) und der Schadenshöhe (SH) im Hinblick auf eine terminliche Verschiebung des MS Veröffentlichung Teilgebiete.	16
Tabelle 4:	Erläuterung der Prävention- (P) und Kompensationsmaßnahmen (K) für die in Tabelle 3 dargelegten Risiken für die Teilschritte im Rahmen des Arbeitsschrittes 1 Anwendung der Ausschlusskriterien gem. § 22 StandAG.	20
Tabelle 5:	Erläuterung der Teilschritte im Rahmen des Arbeitsschrittes 2 Anwendung der Mindestanforderungen gem. § 23 StandAG und den identifizierten Risiken inklusive Einschätzung der Eintrittswahrscheinlichkeit (EW) und der Schadenshöhe (SH) im Hinblick auf eine terminliche Verschiebung des MS Veröffentlichung Teilgebiete.	21
Tabelle 6:	Erläuterung der Prävention- (P) und Kompensationsmaßnahmen (K) für die in Tabelle 6 dargelegten Risiken für die Teilschritte im Rahmen des Arbeitsschrittes 2 Anwendung der Mindestanforderungen gem. § 23 StandAG.	23
Tabelle 7:	Erläuterung der Teilschritte im Rahmen des Arbeitsschrittes 3 Anwendung der geowissenschaftlichen Abwägungskriterien gem. § 24 StandAG und den identifizierten Risiken inklusive Einschätzung der Eintrittswahrscheinlichkeit (EW) und der Schadenshöhe (SH) im Hinblick auf eine terminliche Verschiebung des MS Veröffentlichung Teilgebiete.	24
Tabelle 8:	Erläuterung der Prävention- (P) und Kompensationsmaßnahmen (K) für die in Tabelle 8 dargelegten Risiken für die Teilschritte im Rahmen des Arbeitsschrittes 3 Anwendung der geowissenschaftlichen Abwägungskriterien gem. § 24 StandAG.	27

Tabelle 9:	Erläuterung der Teilschritte im Rahmen des Arbeitsschrittes 4 Erstellung Zwischenbericht Teilgebiete gem. § 13 StandAG.	28
Tabelle 10:	Erläuterung der Prävention- (P) und Kompensationsmaßnahmen (K) für die in Tabelle 10 dargelegten Risiken für die Teilschritte im Rahmen des Arbeitsschrittes 4 Erstellung Zwischenbericht Teilgebiete gem. § 13 StandAG.	28
Tabelle 11:	Aktueller Stand der Arbeitsschritte zur Erreichung des MS "Vorschlag zu den Standortregionen nebst übertägiger Erkundungsprogramme".	32

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
AK	Ausschlusskriterien
Art.	Artikel
AtG	Gesetz über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren (Atomgesetz)
BASE	Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung
BGBI	Bundesgesetzblatt
BGE	Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH
BGE TEC	BGE TECHNOLOGY GmbH
BGR	Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe
EW	Eintrittswahrscheinlichkeit
ewG	einschlusswirksamer Gebirgsbereich
FuE	Forschung und Entwicklung
G	Gesetz
GeoIDG	Geologiedatengesetz
geowK	Geowissenschaftliche Abwägungskriterien
GRS	Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) gGmbH
IGD-TP	Implementing Geological Disposal of Radioactive Waste – Technology Plattform
K	Kompensationsmaßnahmen
K-Drs.	Kommissionsdrucksache
m	Monate
MA	Mindestanforderungen
MS	Meilensteine
Nagra	Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle
NBG	Nationales Begleitgremium
P	Präventionsmaßnahmen
Q	Quartal
QS	Qualitätssicherung

RESUS	Grundlagenermittlung für die repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen und einer sicherheitsgerichteten Abwägung (RESUS)
S	Seite
SH	Schadenshöhe
STA	Bereich Standortauswahl der BGE mbH
StandAG	Gesetz zur Suche und Auswahl eines Standortes für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle (Standortauswahlgesetz)
TUNB	Tieferer Untergrund Norddeutsches Becken
UKÖ	Bereich Unternehmenskommunikation und Öffentlichkeitsarbeit der BGE
VO	Verordnung

1 Einführung

1.1 Start des Standortauswahlverfahrens

Die ursprüngliche Fassung des Standortauswahlgesetzes vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2553) „Gesetz zur Suche und Auswahl eines Standortes für ein Endlager für Wärme entwickelnde radioaktive Abfälle (Standortauswahlgesetz – StandAG)“ trat am 01. Januar 2014 (in Teilen am 27. Juli 2013) in Kraft. Mit Inkrafttreten der Neufassung, des Standortauswahlgesetzes vom 5. Mai 2017 (BGBl. I S. 1074) „Gesetzes zur Suche und Auswahl eines Standortes für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle (Standortauswahlgesetz – StandAG)“, trat das Standortauswahlgesetz vom 23. Juli 2013 außer Kraft (vgl. Artikel 5 Abs. 3 Gesetz vom 5. Mai 2017 (BGBl. I S. 1074)). Letzte Änderungen des Standortauswahlgesetzes vom 5. Mai 2017 durch Art. 247 Elfte ZuständigkeitsanpassungsVO vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328, 1357) traten am 27. Juni 2020 in Kraft.

Zum 24.04.2017 erfolgte die Übertragung der Wahrnehmung der Aufgabe des Bundes nach § 9a Abs. 3 Satz 1 des Atomgesetzes (AtG) auf die Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE). Damit ist die BGE Vorhabenträgerin nach § 3 StandAG für das Standortauswahlverfahren.

Am 05. September 2017 erfolgte der offizielle Start des Standortauswahlverfahrens in Berlin.

1.2 Veranlassung

Gemäß der zwischen dem BASE und der BGE bestehenden Zusammenarbeitsvereinbarung, mit Stand 07.12.2018, ist dem BASE ein Quartalsbericht über die Durchführung des Standortauswahlverfahrens vorzulegen. Dieser Bericht bezieht sich auf die Arbeiten im abgeschlossenen Quartal und bildet jeweils den Stand zum letzten Tag im Quartal ab. Der Bericht ist jeweils zum 15. des ersten Monats des folgenden Quartals für das abgeschlossene Quartal vorzulegen.

1.3 Gegenstand und Zielsetzung

Der vorliegende Bericht dient der Berichtsstellung zum Fortschritt des Standortauswahlverfahrens, insbesondere der Phase I. Für den Abschluss der Phase I sind zwei wesentliche Meilensteine (MS) zu erreichen.

Im Rahmen des vorliegenden Berichtes werden die für die Erreichung dieser MS notwendigen Arbeitsschritte entsprechend erläutert. Eventuelle Risiken und Abhängigkeiten werden im Hinblick auf die terminliche Umsetzung zur Erreichung der MS entsprechend dargelegt. Etwaige terminliche Änderungen werden benannt und begründet.

Erhebungsstand: 30.06.2020.

1.4 Phasen des Standortauswahlverfahrens

Das Standortauswahlverfahren ist ein gestuftes Verfahren, das sich in drei Phasen gliedert. Die Ergebnisse jeder Phase und die daraus resultierenden Festlegungen durch den Bundestag und Bundesrat bestimmen den konkreten Arbeitsumfang der darauffolgenden Phase.

Die Phase I ist in zwei Schritte unterteilt. In Schritt 1 erfolgt die Ermittlung von Teilgebieten gem. § 13 StandAG welche günstige geologische Voraussetzungen für die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle erwarten lassen. Dies geschieht durch die Anwendung der in den §§ 22 bis 24 StandAG festgelegten geowissenschaftlichen Kriterien und Mindestanforderungen. Die ermittelten Teilgebiete werden in Form eines Zwischenberichtes durch die BGE veröffentlicht. In diesem Zwischenbericht zu den Teilgebieten werden u.a. alle erarbeiteten Grundlagen für die Anwendung der Kriterien und Mindestanforderungen und detaillierte Darlegungen über die Datenabfragen, die Datenlieferungen und die Homogenisierung der Daten für die Anwendung der Kriterien und Mindestanforderungen zusammengeführt. Ziel des Zwischenberichtes ist es, die ermittelten Teilgebiete mit zu erwartenden günstigen geologischen Voraussetzungen für die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle darzustellen. Des Weiteren wird sich ein Teil des Zwischenberichtes mit Gebieten beschäftigen, in welchen die Kriterien und Anforderungen aufgrund nicht hinreichender Informationen nicht angewendet werden konnten. Dieser Berichtsteil wird eine Empfehlung zum Umgang mit diesen Gebieten mit nicht hinreichender geologischer Datenlage beinhalten.

In Schritt 2 der Phase I erfolgt die Ermittlung von Standortregionen für die übertägige Erkundung gem. § 14 StandAG auf Basis der zuvor ermittelten Teilgebiete. Hierfür werden für jedes Teilgebiet repräsentative vorläufige Sicherheitsuntersuchungen gem. § 27 StandAG durchgeführt, bevor durch die erneute Anwendung der geowissenschaftlichen Abwägungskriterien günstige Standortregionen ermittelt werden. Die Anwendung der planungswissenschaftlichen Abwägungskriterien kann der Einengung von großen, potentiell für ein Endlager geeigneten Gebieten dienen oder für einen Vergleich zwischen Gebieten herangezogen werden, die unter Sicherheitsaspekten als gleichwertig zu betrachten sind. Des Weiteren werden für die Standortregionen standortbezogene Erkundungsprogramme für die übertägige Erkundung erarbeitet.

Die BGE fasst den Vorschlag für die übertägig zu erkundenden Standortregionen mit Begründung, den Ergebnissen aus der Fachkonferenz zu den Teilgebieten und den standortbezogenen Erkundungsprogrammen zusammen und übermittelt diesen an das BASE. Der Bundestag und der Bundesrat treffen hierzu die verbindliche Entscheidung und legen den Arbeitsumfang für die Phase II fest.

In Phase II des Standortauswahlverfahrens erfolgt die übertägige Erkundung der gesetzlich festgelegten Standortregionen gemäß § 16 StandAG durch die festgelegten standortbezogenen Erkundungsprogramme. Auf Grundlage der Erkundungsergebnisse werden weiterentwickelte vorläufige Sicherheitsuntersuchungen durchgeführt. Für jede Standortregion werden sozioökonomische Potenzialanalysen durchgeführt. Des Weiteren erfolgt erneut die vergleichende Analyse und Abwägung nach Maßgabe der gesetzlich festgelegten Ausschlusskriterien, Mindestanforderungen, geowissenschaftlichen Abwägungskriterien sowie der planungswissenschaftlichen Abwägungskriterien. Weiter erarbeitet die BGE standortbezogene Erkundungsprogramme und Prüfkriterien für die untertägige Erkundung und die umfassenden vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen. Den Vorschlag für die untertägig zu erkundenden Standortregionen mit Begründung übermittelt die BGE dem BASE. Der Bundestag und der Bundesrat treffen hierzu die verbindliche Entscheidung und legen den Arbeitsumfang für die Phase III fest.

Mit der Umsetzung der Phase III ist das finale Ziel der Standortfestlegung für ein Endlager erreicht.

2 Phase I Standortauswahlverfahren

Für die Quartalsberichte an das BASE wurden die dargestellten MS für die Phase I des Standortauswahlverfahrens festgelegt. Im Zuge der quartalsweisen Aktualisierung werden die Arbeiten zur Erreichung des MS „Veröffentlichung der Teilgebiete mit zu erwartenden günstigen geologischen Voraussetzungen für die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle“ und des MS „Vorschlag zu den Standortregionen nebst übertägiger Erkundungsprogramme“ Gegenstand dieses Berichtes sein.

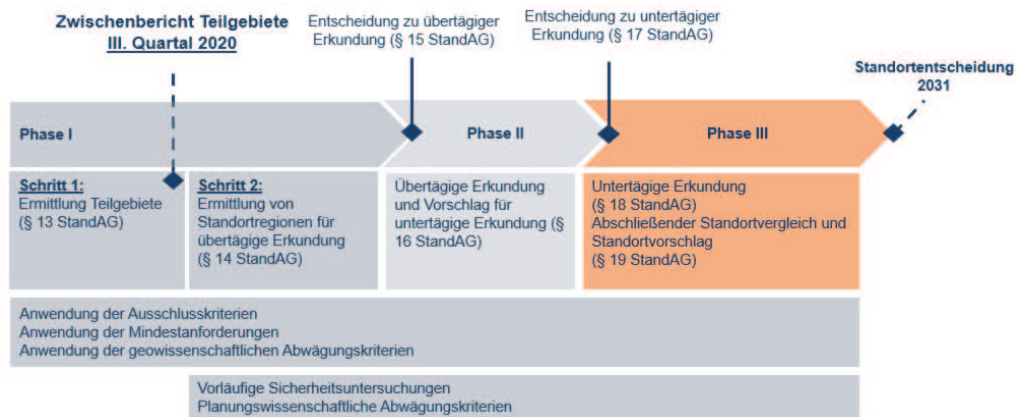


Abbildung 1: Schematischer Ablauf des Standortauswahlverfahrens.

2.1 Ermittlung von Teilgebieten gem. § 13 StandAG

In Tabelle 1 werden die zur Erreichung des Meilensteins „Veröffentlichung Teilgebiete“ erforderlichen Arbeitsschritte hinsichtlich des Umsetzungsgrades dargestellt.

Tabelle 1: Aktueller Stand der Arbeitsschritte zur Erreichung des MS „Veröffentlichung der Teilgebiete mit zu erwartenden günstigen geologischen Voraussetzungen für die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle“.

Meilenstein		Beginn		Ende		Status
		Plan	Ist	Plan	Ist	
Veröffentlichung der Teilgebiete mit zu erwartenden günstigen geologischen Voraussetzungen für die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle		III. Q 17	III. Q 17	III. Q 20	III. Q 20	
Nr.	Arbeitsschritte	Beginn		Ende		Status
		Plan	Ist	Plan	Ist	
1	Anwendung der Ausschlusskriterien gem. § 22 StandAG	III. Q 17	III. Q 17	IV. Q 19	III. Q 20	
2	Anwendung der Mindestanforderungen gem. § 23 StandAG	II. Q 18	II. Q 18	II. Q 20	III. Q 20	
3	Anwendung der geowissenschaftlichen Abwägungskriterien gem. § 24 StandAG	III. Q 18	III. Q 18	II. Q 20	III. Q 20	
4	Erstellung Zwischenbericht Teilgebiete gem. § 13 StandAG	III. Q 19	III. Q 19	III. Q 20	III. Q 20	

Grün = keine Verzögerung oder Verzögerung ≤ 2 Monate

Gelb = Verzögerung > 2 Monate,

Rot = Verzögerung > 6 Monate sowie Verzögerung > 2 Monate, wenn Meilenstein auf kritischem Pfad liegt

Status: Nicht begonnen, in Bearbeitung, abgeschlossen

Eine erläuternde Darstellung dieser Arbeitsschritte im Hinblick auf das derzeit geplante Vorgehen und eventueller Risiken wird in den nachfolgenden Tabellen dargestellt. Aufgrund der derzeitigen Pandemie des Coronavirus (COVID-19) und der schwer einzuschätzenden weiteren Auswirkungen, wurde mit Blick auf die Veröffentlichung des Zwischenbericht Teilgebiete im September 2020 die aktuelle Corona-Pandemie als übergreifendes Risiko in Tabelle 2 mit aufgeführt.

Tabelle 2: *Übergreifende Risiken für die Erreichung des MS „Veröffentlichung der Teilgebiete mit zu erwartenden günstigen geologischen Voraussetzungen für die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle“ und Erläuterung der Prävention- (P) und Kompensationsmaßnahmen (K).*

MS: „Veröffentlichung der Teilgebiete mit zu erwartenden günstigen geologischen Voraussetzungen für die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle“			
Nr.	Risiko	Art der Maßnahme	
		P	K
1	<p><u>Ressourcenaufbau und Vergaben von Leistungen</u></p> <p>Der Veröffentlichungstermin des Zwischenberichtes Teilgebiete III. Quartal 2020 ist neben fachlicher Expertise insbesondere von dem Erfolg des geplanten Personalaufbaus und dem Besorgen von erforderlichen Leistungen abhängig.</p> <p>Trotz der bis zum III. Quartal 2019 andauernde Neuorganisation der BGE, konnten bis zum Ende des II. Quartals 2020 insgesamt 65 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen für den Bereich Standortauswahl vertraglich gebunden werden.</p> <p>Erforderliche Vergaben zur Kompensation der nicht erreichten Personalstärke konnten erfolgreich abgeschlossen werden.</p> <p>Die Umsetzung geplanter Vergaben von (Forschungs-) Leistungen wird nicht vollumfänglich erreicht.</p>		X
	<p>Maßnahmenbeschreibung</p> <p>Kompensationsmaßnahmen z. B. "parallele Besetzungsverfahren" bei der Einstellung von Mitarbeiter*innen für den Bereich Standortauswahl waren bisher erfolgreich und werden weiter forciert.</p> <p>Die zum II. Quartal 2020 nicht erreichte Personalstärke konnte zum Teil durch die kurzfristige Einstellung von Mitarbeiter*innen in Arbeitnehmerüberlassung, als auch durch personelle Unterstützung aus anderen Bereichen innerhalb der BGE ausgeglichen werden.</p> <p>Der Prozess für die Vergabe von Leistungen wird stetig weiter optimiert. Dadurch können neu gestartete Vergabeverfahren vollends von den verbesserten Maßnahmen profitieren. Durch die bereits im I. Quartal 2020 abgeschlossenen Vergabeverfahren konnte sukzessive Unterstützung durch externe Dienstleister im II. Quartal 2020 in Anspruch genommen werden.</p>		

MS: „Veröffentlichung der Teilgebiete mit zu erwartenden günstigen geologischen Voraussetzungen für die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle“

Nr.	Risiko	Art der Maßnahme	
		P	K
2	<p><u>Nichterfüllung des Transparenz-Grundsatzes gemäß Standortauswahlgesetz:</u></p> <p>Für die Verfahrenstransparenz ist es erforderlich, den Zusammenhang zwischen den erarbeiteten Ergebnissen der Standortauswahl und den zugrundeliegenden geologischen Daten herzustellen. Das StandAG sieht daher u. a. die Veröffentlichung von entscheidungserheblichen geologischen Daten vor. Während im StandAG die Bereitstellung von geologischen Daten an den Vorhabenträger geregelt ist, wurde von einer konkreten Regelung der Veröffentlichungen im StandAG abgesehen.</p> <p>Eine gesetzliche Regelung der Veröffentlichung ist jedoch erforderlich, weil an einem Teil der bereitgestellten geologischen Daten Rechte (bspw. Urheber- oder Eigentumsrechte) gehalten werden. In einigen Fällen sind die Rechteinhaber unbekannt, nicht mehr ermittelbar oder es ist zu prüfen, ob überhaupt Rechte an einem Datum existieren.</p> <p>Die bereits existierenden Regelungen des Bundes und der Länder zum Zugang zu Umweltinformationen und zur öffentlichen Bereitstellung von geologischen Daten enthalten keine spezifischen Regelungen für die Veröffentlichung privat bzw. kommerziell erhobener Daten. Entsprechende Alternativen zum GeolDG wurden im Antwortschreiben der BGE vom 02.03.2020 entsprechend bewertet. (BGE 2020) Die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung der Veröffentlichungen ist auch schon von der Endlagerkommission besprochen worden. Die ursprüngliche Planung zur Umsetzung des Standortauswahlverfahrens für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle sah vor, dass ein Geowissenschaftsdatengesetz (heute Geologiedatengesetz - GeolDG) zeitgleich mit dem StandAG verabschiedet wird. Obwohl der Gesetzgeber also im Jahr 2017 deutlich gemacht hat, dass es für die Umsetzung des Standortauswahlverfahrens entsprechender Regelungen bedürfe, liegt erst seit Dezember 2019 ein entsprechender Regierungsentwurf GeolDG (GeolDG-E) vor.</p> <p>Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes zur staatlichen geologischen Landesaufnahme sowie zur Übermittlung, Sicherung und öffentlichen Bereitstellung geologischer Daten und zur Zurverfügungstellung geologischer Daten zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben (Geologiedatengesetz -GeolDG) im Juni 2020 wird nun geregelt, wie die öffentliche Verfügbarkeit eines Großteils der voraussichtlich entscheidungserheblichen Daten im Zuge der Ermittlung der Teilgebiete realisiert werden kann. Gemäß § 33 Abs. 8 GeolDG macht der Vorhabenträger für die geologischen Daten, die diesem vor dem 30. Juni 2020 bereits zur Verfügung gestellt wurden, jeweils einen Vorschlag zur Datenkategorisierung an die gemäß § 37 GeolDG</p>	X	

MS: „Veröffentlichung der Teilgebiete mit zu erwartenden günstigen geologischen Voraussetzungen für die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle“			
Nr.	Risiko	Art der Maßnahme	
		P	K
	<p>zuständigen Behörde. Diese reicht die Entscheidung über die Datenkategorisierung und das Prüfungsergebnis nach §§ 31, 32 GeoIDG sowie den spezialgesetzlichen Veröffentlichungsfristen innerhalb von zwei Monaten nach Übermittlung des Vorschlages durch den Vorhabenträger nach. Eine öffentliche Bereitstellung dieser Daten kann abweichend von § 29 Abs. 2 Satz 2 GeoIDG nach dem Ablauf von drei Monaten nach dem 30. Juni 2020 erfolgen.</p> <p>Mit Inkrafttreten des GeoIDG im Juni 2020 und einer Veröffentlichung des Zwischenberichts Teilgebiete zum Ende des III. Quartals 2020 verbleiben allen Beteiligten nur rund 3 Monate zur Umsetzung vorgesehener Prozesse für eine Veröffentlichung von Daten, welche die getroffene Auswahl entscheidungserheblichen Tatsachen und Erwägungen im Zwischenbericht nachvollziehbar untermauern.</p>		
	<p>Maßnahmenbeschreibung</p> <p>Im Vorgriff auf die erwartete Neuregelung der öffentlichen Bereitstellung geologischer Daten, wurde die Veröffentlichung des Zwischenberichts Teilgebiete und der entscheidungserheblichen Tatsachen und Erwägungen gem. § 13 Abs. 2 Satz 4 StandAG vorbereitet. Im Regierungsentwurf war bereits eine Arbeitsteilung hinsichtlich der die Veröffentlichung vorbereitenden Prozesse zwischen den Ländern und der BGE vorgesehen. Bis zum Inkrafttreten des GeoIDG im Juni 2020 wurden verstärkt an der Ausarbeitung entsprechender Prozesse gearbeitet. Im Rahmen dieser Vorbereitung wurden insbesondere Verfahren für die Ausarbeitung von Kategorisierungsvorschlägen (§ 33 Abs. 8 GeoIDG) systematisiert und Probedurchläufe gefahren. Ziel war es, die Vorschläge mit Inkrafttreten des Gesetzes an die Landesbehörden übermitteln zu können. Um die Kategorisierungen dieser Daten möglichst reibungslos durchführen zu können, besteht ein stetiger Kontakt mit den zuständigen Landesbehörden. Bis zum 30.06.2020 konnten bereits erste Kategorisierungsvorschläge an die zuständigen Behörden übermittelt werden. Die Übermittlung der Vorschläge wird zum 10.07.2020 abgeschlossen sein.</p> <p>Die vorgangsbasierte Dokumentation aller wesentlichen Vorgänge trägt zur Transparenzgewinnung bei und ermöglicht beispielsweise dem NBG, im Rahmen seines Akteneinsichtsrechts, sich umfassend über den Stand der Arbeiten und der Vorgehensweisen zu informieren.</p>		
3	<p><u>Wesentliche Störungen des Verfahrensablaufes im Fall von Verfahrensrücksprüngen</u></p> <p>Fehlende Regelungen im StandAG zum Umgang mit erforderlichen Verfahrensrücksprüngen werden voraussichtlich zu einem erhöhten Aufwand führen. In diesem Zusammenhang müssen auch Möglichkeiten der Kompensation und der gesicherten Ermittlung des Arbeitsstandes für die erneute Aufnahme der Arbeiten an der</p>	X	

MS: „Veröffentlichung der Teilgebiete mit zu erwartenden günstigen geologischen Voraussetzungen für die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle“			
Nr.	Risiko	Art der Maßnahme	
		P	K
	Standortauswahl überprüft werden. Neben einem absehbaren Zeitverlust werden auch Unsicherheiten über einen zuverlässigen (Teil-) Neustart des Verfahrens zu überwinden sein.		
	<p>Maßnahmenbeschreibung</p> <p>Mit dem Ziel der vorsorglichen Vorbereitung ist ein Instrumentarium in Form möglicher Verfahren zum individuellen Umgang mit Verfahrensrücksprüngen zu entwickeln. Als ein Instrument zum Umgang mit eventuellen Verfahrensrücksprüngen hat der Bereich Standortauswahl seine Dokumentation als vorgangsbasierte und elektronische Aktenführung mit einem ausgewählten Anteil an Dokumenten in Papierform (Rechtssicherheit, künftige Speicherdaten gemäß § 38 StandAG) in Form eines hybriden Aktensystems angelegt. Hier werden alle zum Vorgang gehörenden Dokumente (Beschlussvorlagen, sonstiger entscheidungsrelevanter Schriftverkehr), die zum Ergebnisdokument geführt haben, dokumentiert. Durch diese Vorgehensweise werden die Entwicklungsschritte besser nachvollziehbar. Innerhalb eines Revisionsprozesses können die für einen Verfahrensrücksprung bis dahin gültigen Unterlagen ausgewiesen werden. Darauf aufbauend kann der neue Weg des Standortauswahlverfahrens entwickelt werden. Untermauert wird dieses Verfahren noch durch eine historische Begleitung, durch die zurückliegende Handlungsstränge aufgezeigt und die Historie einzelner Vorgänge nachvollziehbar gemacht werden. Ein weiteres Instrument zur präventiven Behandlung möglicher Verfahrensrücksprünge ist die Umsetzung eines Wissensmanagements im Bereich Standortauswahl, durch das die Grundsätze des Lernens und Selbsthinterfragens kontinuierlich in alle bestehenden Prozesse und Arbeiten mit einfließen. Der Aufbau eines Wissensmanagements im Bereich Standortauswahl findet bereits statt. Die im Bereich gewählten Ansätze eines anteilig agilen Managements bilden die Basis für ein Lernen in Form einer kontinuierlichen Verbesserung. Diese Managementansätze werden stetig für die Bedürfnisse der Standortauswahl weiterentwickelt. Dabei hilft eine stetige Reflexion der durchgeführten Bearbeitungsmethodik z. B. durch die Vorstellung und Diskussion der laufenden Arbeiten mit der (Fach-)Öffentlichkeit im Zuge von Veranstaltungen und im Rahmen von Online-Konsultationen.</p>		
4	<p><u>Wesentliche Störungen laufender Arbeiten durch die Coronavirus Pandemie</u></p> <p>Die seit Ende 2019 in Asien und seit 2020 in Europa herrschende Coronavirus Pandemie (COVID-19) hat nicht nur wirtschaftliche Folgen weltweit, sondern schränkt auch weitgehend das öffentliche Leben ein. Seit März 2020 ist das vorherrschende Epizentrum in Europa zu verzeichnen, welches massive Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft und den Verwaltungsapparat hat. Die seit Ende des I. Quartals 2020 erlassenen bundesweiten Kontaktbeschränkungen und die damit einhergehenden Verhaltensregeln schränkt das Arbeitsleben innerhalb der BGE massiv ein.</p>		X

MS: „Veröffentlichung der Teilgebiete mit zu erwartenden günstigen geologischen Voraussetzungen für die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle“

Nr.	Risiko	Art der Maßnahme	
		P	K
	Maßnahmenbeschreibung		
	<p>Die BGE hat sich bereits früh durch die Gründung eines Krisenstabs mit dem Thema Corona-Pandemie beschäftigt und umfassende Präventionsmaßnahmen für die Standorte der BGE umgesetzt. Des Weiteren wurde ein umfassender Pandemie-Notfallplan erstellt, welcher neben der praktischen Vorbereitung auch die notwendigen Schritte für den Ereignisfall festlegt. Des Weiteren regelt der Notfallplan die Rückkehr zur Normalität nach der Pandemie.</p> <p>Im Bereich Standortauswahl wurde im II. Quartal 2020 zu erheblichen Teilen im Home-Office gearbeitet, um die Besetzung der Büroräume auf ein Mindestmaß zu beschränken und dadurch die Abstandsregeln gemäß geltender Verhaltensregeln zu wahren. Neben der BGE setzen auch die Bundes- und Landesbehörden sowie die Dienstleistungsunternehmen der BGE vermehrt auf das Arbeiten im Home-Office und analog zur BGE die Dienstreisen und Vor-Ort-Besprechungen aus, insofern dieses nicht mit Hilfe digitale Lösungen über das Internet ersetzbar sind.</p>		

Die in Tabelle 3 dargelegten Erläuterungen der Teilschritte für den Arbeitsschritt „Anwendung der Ausschlusskriterien gem. § 22 StandAG“ werden im Folgenden präzisiert.

Tabelle 3: Erläuterung der Teilschritte im Rahmen des Arbeitsschrittes 1 Anwendung der Ausschlusskriterien gem. § 22 StandAG und den identifizierten Risiken inklusive Einschätzung der Eintrittswahrscheinlichkeit (EW) und der Schadenshöhe (SH) im Hinblick auf eine terminliche Verschiebung des MS Veröffentlichung Teilgebiete.

Arbeitsschritt 1: Anwendung der Ausschlusskriterien gem. § 22 StandAG				
Nr.	Erläuterung Teilschritte	Risiken		
		Beschreibung	EW	SH [Zeit]
1.1	Beschaffung der erforderlichen Daten von den zuständigen Landes- und Bundesbehörden.	1.1.1 Erforderliche Daten werden in nicht ausreichender Qualität ¹ geliefert, um die AK direkt anzuwenden.	100 %	6 m

¹ Der Begriff Qualität ist hier im Sinne eines Abgleichs zur jeweiligen Datenabfrage zu verstehen, d. h. ist das geliefert worden, was abgefragt wurde.

Arbeitsschritt 1: Anwendung der Ausschlusskriterien gem. § 22 StandAG				
Nr.	Erläuterung Teilschritte	Risiken		
		Beschreibung	EW	SH [Zeit]
	Aufbereitung und Homogenisierung der Daten.	1.1.2 Beschaffung, Aufbereitung und Homogenisierung der Daten wird aufgrund unzureichender Ressourcen verzögert. <i>Für den Zwischenbericht Teilgebiete kein Risiko mehr.</i>	0 %	0 m
		1.1.3 Beschaffung und Aufbereitung der erforderlichen Daten wird aufgrund anhaltender Corona-Pandemie und damit verbundener eingeschränkter Arbeitsfähigkeit der BGE verzögert. <i>Für den Zwischenbericht Teilgebiete kein Risiko mehr.</i>	0 %	0 m
1.2	Entwicklung von kriterienbezogenen Ausschlussstechniken, welche im Rahmen einer probeweisen Anwendung sukzessive weiterentwickelt werden.	1.2.1 Entwicklung kriterienbezogener Ausschlussstechniken ist aufgrund nicht ausreichender Ressourcen nicht umsetzbar. <i>Risiko besteht nicht mehr, da Teilschritt abgeschlossen.</i>	-	-
		1.2.2 Probeweise Anwendung der kriterienbezogenen Ausschlussstechniken ist aufgrund fehlender technischer Voraussetzungen (Hard- und Software) nicht möglich. <i>Risiko besteht nicht mehr, da Teilschritt weitestgehend abgeschlossen.</i>	-	-
1.3	Weiterentwicklung der kriterienbezogenen Methoden und Anwendung der Ausschlusskriterien ist aufgrund fehlender Ressourcen nicht möglich.	1.3.1 Weiterentwicklung der kriterienbezogenen Methoden ist aufgrund nicht ausreichender Ressourcen nicht umsetzbar. <i>Risiko besteht nicht mehr, da Teilschritt weitestgehend abgeschlossen.</i>	-	-

Arbeitsschritt 1: Anwendung der Ausschlusskriterien gem. § 22 StandAG				
Nr.	Erläuterung Teilschritte	Risiken		
		Beschreibung	EW	SH [Zeit]
		1.3.2 Anwendung der kriterienbezogenen Ausschlusskriterien ist aufgrund fehlender Ressourcen nicht möglich. <i>Risiko besteht nicht mehr, da Teilschritt weitestgehend abgeschlossen.</i>	0 %	0 m
		1.3.3 Anwendung der Ausschlusskriterien wird aufgrund anhaltender Corona-Pandemie und damit verbundener eingeschränkter Arbeitsfähigkeit der BGE verzögert. <i>Risiko besteht nicht mehr, da Teilschritt weitestgehend abgeschlossen.</i>	0 %	0 m

Das berichtete Risiko (1.1.1) *Erforderliche Daten werden in nicht ausreichender Qualität geliefert, um die AK direkt anzuwenden*, unter Teilschritt 1.1 wurde mit der Angabe Eintrittswahrscheinlichkeit 100 % seit dem IV. Quartalsbericht 2019 als eingetreten markiert und führte zu einer terminlichen Verzögerung des Endtermins für die Anwendung der Ausschlusskriterien von ca. sechs Monaten. Das oben beschriebene Risiko wird in dem vorliegenden Quartalsbericht in Tabelle 4 nicht mehr mit aufgeführt.

Die Entwicklung der Methoden zur Anwendung der Ausschlusskriterien sowie die fachliche Diskussion im Rahmen der Onlinekonsultation wurde für sämtliche Ausschlusskriterien im II. Quartal 2020 abgeschlossen. Ausgenommen davon ist das Ausschlusskriterium „bergbauliche Tätigkeit“, dessen Bearbeitung und Onlinekonsultation bis in den Anfang des III. Quartals 2020 andauert.

Wesentlicher Bestandteil der Arbeiten zu den Ausschlusskriterien war im II. Quartal 2020 auch die Auswertung von Daten, die der BGE im Rahmen von Datenabfragen zugegangen sind und einen BGE-internen Aufbereitungs- und Homogenisierungsprozess durchlaufen haben. Dabei stellte die Auswertung der Daten zum Ausschlusskriterium „aktive Störungszonen“ aufgrund der Datenmenge und -diversität einen besonderen Arbeitsschwerpunkt dar. Die BGE hat im Zuge der Datenauswertung regelmäßig Kontakt zu den Staatlichen Geologischen Diensten aufgenommen, sei es um offene Fragen im Zusammenhang mit bereits übermittelten Daten zu klären, oder um die Übermittlung weiterer Daten zu erfragen.

Die Anwendung der Ausschlusskriterien wird Anfang des III. Quartals 2020 für sämtliche Ausschlusskriterien abgeschlossen sein. Erste Teilergebnisse liegen bereits vor.

Die seit dem III. Quartal 2019 stattfindenden Kampagnen zur Digitalisierung analog vorliegender Daten wurden auch im II. Quartal 2020 fortgesetzt. Hier lag der Schwerpunkt auf der Erstellung digitaler Umringe um Grubengebäude auf Basis eingescannter Risswerke für die Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen. Für die Bundesländer Niedersachsen und Schleswig-Holstein hat die BGE Risswerke gesichtet, um existierende digitale Grubenumringe mit Tiefenangaben zu ergänzen.

Die BGE hat mit Blick auf die Veröffentlichung des Zwischenberichts Teilgebiete im September 2020 festgelegt, dass für den Zwischenbericht Dateneingänge durch Datenlieferungen oder Digitalisierungen bis zum 01. Juni 2020 berücksichtigt werden. Alle danach eingehenden und digitalisierten Daten fließen in die Arbeiten zur Ermittlung von Standortregionen im Rahmen von Schritt 2 der Phase I mit ein. Für das Ausschlusskriterium „bergbauliche Tätigkeit“ konnten bis zum 01. Juni 2020 nicht für alle Bundesländer die für eine Anwendung der Ausschlussmethodik notwendigen Daten akquiriert werden. Teilweise liegen der BGE Informationen zu diesem Ausschlusskriterium vor, die die Existenz von Bergwerken anzeigen, sich allerdings fachlich nicht zur Erstellung von Ausschlussflächen eignen. Hier wird die BGE die ihr vorliegenden Informationen nutzen, um im Zwischenbericht Teilgebiete auf Gebiete mit bergbaulicher Tätigkeit hinzuweisen ohne dabei Ausschlussflächen zu generieren. Dies betrifft voraussichtlich Teile der bergbaulichen Tätigkeiten innerhalb der Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Thüringen.

In Vorbereitung auf das absehbare Inkrafttreten des Geologiedatengesetz (GeoIDG), hat die BGE begonnen Ihrer Aufgabe nach § 33 Abs. 8 Satz 1 GeoIDG nachzukommen, Kategorisierungsvorschlägen für entscheidungserhebliche Daten zu erarbeiten. Die BGE hat zur Vorbereitung ihre Vorstellung der Kategorisierung für unterschiedlichste Datentypen den zuständigen Behörden zu Kenntnis gegeben und über das beabsichtigte Vorgehen informiert.

Die in Tabelle 3 dargelegten Risiken für die einzelnen Teilschritte des Arbeitsschrittes 1 werden in Tabelle 4 mit etwaigen Präventions- und Kompensationsmaßnahmen (K) hinterlegt. Dabei reduzieren Präventionsmaßnahmen (P) die Eintrittswahrscheinlichkeit (EW) und Kompensationsmaßnahmen die Schadenshöhe (SH).

Tabelle 4: Erläuterung der Prävention- (P) und Kompensationsmaßnahmen (K) für die in Tabelle 3 dargelegten Risiken für die Teilschritte im Rahmen des Arbeitsschrittes 1 Anwendung der Ausschlusskriterien gem. § 22 StandAG.

Arbeitsschritt 1: Anwendung der Ausschlusskriterien gem. § 22 StandAG				
Nr.	Risiko	Maßnahmenbeschreibung	Art der Maßnahme	
			P	K
1.1.1	Erforderliche Daten werden in nicht ausreichender Qualität geliefert, um die AK anzuwenden.	Rahmenvereinbarung zur Digitalisierung und ggf. Vektorisierung analog vorliegender Daten bei den Bundes- und Landesbehörden wurde geschlossen. Diese Rahmenvereinbarung kompensiert umfangmäßig nicht ausreichend gelieferte Daten in digitaler Form durch die Behörden.		X
		Anwendung des Ausschlusskriteriums „Einflüsse aus bergbaulicher Aktivität“ findet im Zuge der Ermittlung der Teilgebiete gemäß § 13 StandAG vollständig für den aktiven Bergbau statt. In Hinblick auf die verbliebenden bergbaulichen Aktivitäten erfolgt der Ausschluss, wenn hinreichende digitale Daten vorliegen. Alle nach dem 01. Juni 2020 gelieferten und durch die BGE digitalisierten Daten werden im Rahmen von Schritt 2 der Phase I mitberücksichtigt.		X
1.1.2	Beschaffung, Aufbereitung und Homogenisierung der Daten ist aufgrund unzureichender Ressourcen nicht umsetzbar.	Optimierungen der Vorgehensweise bei der Einstellung von Mitarbeiter*innen für den Bereich Standortauswahl durch z. B. Mehrbesetzungsverfahren.	X	
		Beschaffung und Aufbereitung der Daten wird durch weitere externe Dienstleister unterstützt.		X
		Beschaffung und Aufbereitung der Daten wird über den Schritt 1 der Phase I hinausgehen.		X
1.2.1	-	-	-	-

Arbeitsschritt 1: Anwendung der Ausschlusskriterien gem. § 22 StandAG				
Nr.	Risiko	Maßnahmenbeschreibung	Art der Maßnahme	
			P	K
1.2.2	-	-	-	-
1.3.1	-	-	-	-
1.3.2	-	-	-	-
1.3.3	-	-	-	-

Tabelle 5: Erläuterung der Teilschritte im Rahmen des Arbeitsschrittes 2 Anwendung der Mindestanforderungen gem. § 23 StandAG und den identifizierten Risiken inklusive Einschätzung der Eintrittswahrscheinlichkeit (EW) und der Schadenshöhe (SH) im Hinblick auf eine terminliche Verschiebung des MS Veröffentlichung Teilgebiete.

Arbeitsschritt 2: Anwendung der Mindestanforderungen gem. § 23 StandAG				
Nr.	Erläuterung Teilschritte	Risiken		
		Beschreibung	EW	SH [Zeit]
2.1	Beschaffung der erforderlichen Daten unter stetiger Korrespondenz mit den zuständigen Landes- und Bundesbehörden. Aufbereitung und Homogenisierung der Daten.	2.1.1 Erforderliche Daten, insbesondere 3D-Modelle, werden nicht durch die Landesbehörden zur Verfügung gestellt. <i>Risiko besteht nicht mehr</i>	0 %	0 m
		2.1.2 Beschaffung, Aufbereitung und Homogenisierung der Daten ist aufgrund unzureichender Ressourcen nicht umsetzbar. <i>Risiko besteht nicht mehr</i>	0 %	0 m
		2.1.3 Beschaffung und Aufbereitung der erforderlichen Daten wird aufgrund anhaltender Corona-Pandemie und damit verbundener eingeschränkter Arbeitsfähigkeit der BGE verzögert.	10 %	! ²

² Schadenshöhe ist derzeit nicht abschätzbar.

Arbeitsschritt 2: Anwendung der Mindestanforderungen gem. § 23 StandAG				
Nr.	Erläuterung Teilschritte	Risiken		
		Beschreibung	EW	SH [Zeit]
2.2	Entwicklung von Anwendungstechniken, welche im Rahmen einer probeweisen Anwendung sukzessive weiterentwickelt werden.	2.2.1 Entwicklung von Anwendungstechniken und probeweise Anwendung der MA ist aufgrund fehlender personeller Ressourcen nicht umsetzbar. <i>Risiko besteht nicht mehr, da Teilschritt abgeschlossen.</i>	0 %	0 m
2.3	Identifizierte Gebiete - Modellierung von Gebieten, die die Mindestanforderungen erfüllen und Verschneidung mit den Ergebnissen aus der Anwendung der Ausschlusskriterien.	2.3.1 Für die Anwendung der Mindestanforderungen liegen nicht ausreichend Daten vor. <i>Risiko besteht nicht mehr</i>	0 %	0 m
		2.3.2 Für die Anwendung der Mindestanforderungen sind nicht ausreichend Ressourcen vorhanden.	20 %	2 m
		2.3.3 Ergebnisse aus der Anwendung der Ausschlusskriterien liegen nicht rechtzeitig vor.	5 %	1 m

Nach Abschluss der Pilotierungsphase für die entwickelten Methoden zur Anwendung der Mindestanforderungen wurde deren Anwendung im IV. Quartal 2019 begonnen. Die Erarbeitung der Anwendungstechnik wurde sukzessive in iterativen Schritten weiterentwickelt (u. a. Durchführung interner Workshops, Konzeptentwicklung). Die Entwicklung ist abgeschlossen und die Methodik befindet sich aktuell in der Online-Konsultation. BGE-Begriffsbestimmungen zu den Wirtsgesteinen sind ebenfalls abschließend verschriftlicht und auf der BGE-Internetseite veröffentlicht.

Die Anwendung der Mindestanforderungen erfolgt u. a. auf Basis von übermittelten geologischen 3D-Modellen der Länder sowie Informationen zur Lithologie, deren Ausprägung, Tiefenlage und Verbreitung, welche durch Bohrungen und thematische Karten (z.B. Mächtigkeitkarten und Paläogeographische Karten) gewonnen wurden. Die Verarbeitung dieser Informationen und Ausweisung von Wirtsgesteinskörpern, welche die Mindestanforderungen erfüllen, stellt die Anwendung der Mindestanforderungen dar. Für die Anwendungen der Mindestanforderungen werden Informationen und Daten berücksichtigt, die der BGE bis zum 01.06.2020 zur Verfügung standen. Die BGR und zuständigen Landesbehörden stellten einen Zwischenstand des TUNB-Vorhabens im Mai 2020 zur Verfügung. Dadurch konnten einige Lücken der 3D-Modellabdeckung Deutschlands geschlossen werden. Digitalisierungen z. B. von

geologischen Schichtenverzeichnissen in den Landesarchiven werden weiterhin verfolgt und teilweise konnten erste Arbeiten wiederaufgenommen werden. Vorliegender Bestand an Informationen und Daten bei der BGE zur Anwendung der Mindestanforderungen reichten bisher aus, um die Mindestanforderungen anzuwenden. Hierzu hat auch das erweiterte Methodenspektrum zur Anwendung der Mindestanforderungen beigetragen. Identifizierte Gebiete werden gruppiert nach der Konfiguration und Wirtsgesteinsbezug zur Anwendung der geowissenschaftlichen Abwägungskriterien bereitgestellt.

Für die Beschaffung der notwendigen Daten, Weiterentwicklung und Anwendung der Methoden für die Mindestanforderungen sind ausreichend personelle Ressourcen maßgebend. Dies insbesondere aufgrund eines eingetretenen Terminverzug für den Fertigstellungstermin der Anwendung der Mindestanforderungen. Die zu Kompensationszwecken geschlossene Rahmenvereinbarung zur Unterstützung der Bereiches Standortauswahl in der 3D-Modellierung und der Datenaufbereitung, in Folge der in 2019 verzögerten Personalrekrutierung, konnte im I. Quartal 2020 geschlossen und erste Arbeiten zur Unterstützung beauftragt werden. Zudem erfolgte eine weitere Bereitstellung von Ressourcen durch Mitarbeiter aus anderen Bereiche der BGE. Abschließend konnten über das Modell der Arbeitnehmerüberlassung bestehende Lücken an erforderlichen Ressourcen abschließend geschlossen werden. Die Arbeiten zur Anwendung der Mindestanforderungen befinden sich nunmehr wieder im Plan. Zeitreserven konnten nicht erzielt werden.

Tabelle 6: *Erläuterung der Prävention- (P) und Kompensationsmaßnahmen (K) für die in Tabelle 5 dargelegten Risiken für die Teilschritte im Rahmen des Arbeitsschrittes 2 Anwendung der Mindestanforderungen gem. § 23 StandAG.*

Arbeitsschritt 2: Anwendung der Mindestanforderungen gem. § 23 StandAG				
Nr.	Risiko	Maßnahmenbeschreibung	Art der Maßnahme	
			P	K
2.1.1	-	-	-	-
2.1.2	-	-	-	-
2.2.1	-	-	-	-
2.3.1	-	-	-	-
		-	-	-

Arbeitsschritt 2: Anwendung der Mindestanforderungen gem. § 23 StandAG				
Nr.	Risiko	Maßnahmenbeschreibung	Art der Maßnahme	
			P	K
2.3.2	Für die Anwendung der Mindestanforderungen sind nicht ausreichend Ressourcen vorhanden.	Optimierung der Personalrekrutierungen und Ausschreibung einer Rahmenvereinbarung zur Unterstützung des Bereiches Standortauswahl bei der 3D-Modellierung und Datenaufbereitung, insbesondere Schichtenverzeichnisse. Unterstützung durch BGE Mitarbeiter aus anderen Bereichen.	X	
2.3.3	Ergebnisse aus der Anwendung der Ausschlusskriterien liegen nicht rechtzeitig vor.	Erhöhung der personellen Kapazitäten zur Anwendung der Ausschlusskriterien.	X	

Tabelle 7: Erläuterung der Teilschritte im Rahmen des Arbeitsschrittes 3 Anwendung der geowissenschaftlichen Abwägungskriterien gem. § 24 StandAG und den identifizierten Risiken inklusive Einschätzung der Eintrittswahrscheinlichkeit (EW) und der Schadenshöhe (SH) im Hinblick auf eine terminliche Verschiebung des MS Veröffentlichung Teilgebiete.

Arbeitsschritt 3: Anwendung der geowissenschaftlichen Abwägungskriterien gem. § 24 StandAG				
Nr.	Erläuterung Teilschritte	Risiken		
		Beschreibung	EW	SH [Zeit]
3.1	Grundlagenermittlung für die Anwendung der geowissenschaftlichen Abwägungskriterien.	3.1.1 Grundlagenermittlung ist nicht wie geplant fertiggestellt. <i>Risiko besteht nicht mehr, da Teilschritt abgeschlossen.</i>	-	-
		3.1.2 Bedarf an noch zu beschaffenden Daten kann auf Basis der Grundlagenermittlung nicht abgeleitet werden. <i>Risiko besteht nicht mehr, da Teilschritt abgeschlossen.</i>	-	-

Arbeitsschritt 3: Anwendung der geowissenschaftlichen Abwägungskriterien gem. § 24 StandAG				
Nr.	Erläuterung Teilschritte	Risiken		
		Beschreibung	EW	SH [Zeit]
3.2	Beschaffung der erforderlichen Daten unter stetiger Korrespondenz mit den zuständigen Landes- und Bundesbehörden. Aufbereitung und Homogenisierung der Daten.	3.2.1 Beschaffung, Aufbereitung und Homogenisierung der Daten ist aufgrund unzureichender oder fehlender Grundlagenermittlung nicht umsetzbar. Die Schadenshöhe wird im Falle eines Risikoeintritts als gering eingestuft. <i>Risiko besteht nicht mehr, da Teilschritt sich inhaltlich geändert hat.</i>	-	-
3.3	Entwicklung der Anwendungstechnik, welche im Rahmen einer probeweisen Anwendung sukzessive weiterentwickelt werden.	3.3.1 Entwicklung der Anwendungstechnik und probeweise Anwendung der geowK ist aufgrund fehlender Grundlagenermittlung nicht umsetzbar. <i>Risiko besteht nicht mehr, da Teilschritt abgeschlossen.</i>	-	-
3.4	Weiterentwicklung der Anwendungstechnik und Anwendung der geowK.	3.4.1 Weiterentwicklung der geowK ist aufgrund fehlender Ressourcen nicht rechtzeitig umsetzbar. <i>Risiko besteht nicht mehr</i>	0 %	-
		3.4.2 Anwendung der geowK ist aufgrund fehlender personeller Ressourcen nicht rechtzeitig umsetzbar.	20 %	3 m

Die Anwendung der geowissenschaftlichen Abwägungskriterien im Rahmen von § 13 StandAG erfolgt auf Basis geowissenschaftlichen Daten, die dem Vorhabenträger von den Bundes- und Landesbehörden im Rahmen der Datenabfragen zu Ausschlusskriterien, Mindestanforderungen und geowissenschaftlichen Abwägungskriterien geliefert wurden. Des Weiteren wird auf Daten aus bereits erfolgten und anstehenden Literaturrecherchen und auf die im Zuge der Anwendung der Mindestanforderungen bearbeiteten geologischen 3D-Modelle zurückgegriffen.

Die Anwendungsmethodik für die geowissenschaftlichen Abwägungskriterien wurde vom 12.05.2020 bis zum 24.06.2020 im Rahmen einer Onlinekonsultation mit der interessierten Öffentlichkeit diskutiert.

Die Anwendung der geowissenschaftlichen Abwägungskriterien erfolgt mithilfe eines selbst entwickelten Bewertungsmoduls auf Basis der identifizierten Gebiete (§ 23 StandAG), die sich aus der Anwendung der Ausschlusskriterien und Mindestanforderungen ergeben. Das Bewertungsmodul dient der einheitlichen und nachvollziehbaren Bewertung des jeweiligen identifizierten Gebietes und leitet den Anwender und Leser interaktiv durch den Bewertungsprozess und dokumentiert sämtliche Bewertungen.

Liegen zum jetzigen Zeitpunkt keine Daten aus Abfragen vor, so erfolgt die Bewertung anhand von Referenzdatensätzen. Auf diese Weise wird gewährleistet, dass die Bewertung im oberen Bereich der physikalisch möglichen Bandbreite des Wirtsgesteins erfolgt. Die Referenzdatensätze sind zurzeit in Arbeit. Der Referenzdatensatz für Steinsalz liegt bereits vollständig vor, für Kristallingestein wurde ein erster vollständiger Entwurf erarbeitet und der Referenzdatensatz für Tongestein wird zu Beginn des III. Quartals 2020 realisiert werden.

Die Bewertung aller identifizierten Gebiete, die innerhalb des Wirtsgesteins „Steinsalz in steiler Lagerung“ liegen, wird Anfang des III. Quartals 2020 vollständig bearbeitet sein. Im Anschluss erfolgen die Bewertungen für die identifizierten Gebiete der anderen Wirtsgesteine (stratiformes Steinsalz, Kristallingestein und Tongestein).

Die abschließende Ermittlung der Teilgebiete erfolgt auf Basis der im Bewertungsmodul hinterlegten Bewertungen, Begründungen und Referenzen.

Die im Rahmen des aktuell laufenden Forschungsvorhabens zur „Grundlagenentwicklung für repräsentative vorläufige Sicherheitsuntersuchungen und zur sicherheitsgerichteten Abwägung von Teilgebieten mit besonders günstigen geologischen Voraussetzungen für die sichere Endlagerung Wärme entwickelnder radioaktiver Abfälle“ (RESUS) erarbeitete fachliche Basis erfolgte mit Fokus auf die sicherheitsgerichtete Anwendung der geowissenschaftlichen Abwägungskriterien im Rahmen von Schritt 2 der Phase I und auf Grundlage der Ergebnisse der repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen. Gemäß dem StandAG erfolgt im Schritt 1 der Phase I die sicherheitsgerichtete Abwägung rein verbalargumentativ, sodass ein Großteil der Ergebnisse des Vorhabens RESUS in die Ermittlung von Standortregionen im Rahmen von Phase I, Schritt 2 gemäß § 14 StandAG einfließen wird.

Tabelle 8: Erläuterung der Prävention- (P) und Kompensationsmaßnahmen (K) für die in Tabelle 7 dargelegten Risiken für die Teilschritte im Rahmen des Arbeitsschrittes 3 Anwendung der geowissenschaftlichen Abwägungskriterien gem. § 24 StandAG.

Arbeitsschritt 3: Anwendung der geowissenschaftliche Abwägungskriterien gem. § 24 StandAG				
Nr.	Risiko	Maßnahmenbeschreibung	Art der Maßnahme	
			P	K
3.1.1	-	-		
3.1.2	-	-		
3.2.1	-	-		
3.3.1	-	-		
3.4.1	-	-		
3.4.2	Anwendung der geowK ist aufgrund fehlender personeller Ressourcen nicht rechtzeitig umsetzbar.	Die Anwendung der geowK erfolgt federführend durch die Abteilung Sicherheitsuntersuchungen und wird durch Geowissenschaftler aus den anderen Fachabteilungen des Bereiches Standortauswahl unterstützt. Unterstützung durch BGE Mitarbeiter aus anderen Bereichen.		X

Tabelle 9: Erläuterung der Teilschritte im Rahmen des Arbeitsschrittes 4
Erstellung Zwischenbericht Teilgebiete gem. § 13 StandAG.

Arbeitsschritt 4: Erstellung Zwischenbericht Teilgebiete gem. § 13 StandAG				
Nr.	Erläuterung Teilschritte	Risiken		
		Beschreibung	EW	SH [Zeit]
4.1	Zusammenführung der Ergebnisse aus der Anwendung der Ausschlusskriterien gem. § 22 StandAG	Aufgrund der terminlichen Verzögerung der Anwendung der Ausschlusskriterien auf Ende des II. Quartals 2020 könnte es bei der zusammenführenden Berichtserstellung für den Zwischenbericht Teilgebiete zu einer Verzögerung kommen.	0%	2 m
4.2	Zusammenführung der Ergebnisse aus der Anwendung der Mindestanforderungen gem. § 23 StandAG	Im Falle eintretender Risiken (siehe Tabelle 5) können sich terminliche Verzögerungen (geschätzt) ergeben.	35 %	1 m
4.3	Zusammenführung der Ergebnisse aus der Anwendung der geowissenschaftlichen Abwägungskriterien gem. § 24 StandAG	Im Falle eintretender Risiken (siehe Tabelle 7) können sich terminliche Verzögerungen (geschätzt) ergeben.	50 %	1 m

Tabelle 10: Erläuterung der Prävention- (P) und Kompensationsmaßnahmen (K) für die in Tabelle 9 dargelegten Risiken für die Teilschritte im Rahmen des Arbeitsschrittes 4 Erstellung Zwischenbericht Teilgebiete gem. § 13 StandAG.

Arbeitsschritt 4: Erstellung Zwischenbericht Teilgebiete gem. § 13 StandAG		
Nr.	Risiko	Maßnahmenbeschreibung
4.1	Aufgrund der terminlichen Verzögerung der Anwendung der Ausschlusskriterien auf Ende des II. Quartals 2020 könnte es bei der zusammenführenden Berichtserstellung für den Zwischenbericht Teilgebiete zu einer Verzögerung kommen.	Siehe Maßnahmenbeschreibungen in Tabelle 4.

Arbeitsschritt 4: Erstellung Zwischenbericht Teilgebiete gem. § 13 StandAG		
Nr.	Risiko	Maßnahmenbeschreibung
4.2	Im Falle eintretender Risiken (siehe Tabelle 5) können sich terminliche Verzögerungen ergeben.	Siehe Maßnahmenbeschreibungen in Tabelle 6.
4.3	Im Falle eintretender Risiken (siehe Tabelle 7) können sich terminliche Verzögerungen ergeben.	Siehe Maßnahmenbeschreibungen in Tabelle 10.

Mit der Erstellung des Zwischenberichtes Teilgebiete wurde Ende des II. Quartals 2019 in Form eines Berichtskonzeptes begonnen, dessen Struktur bis zum II. Quartal 2020 weiter ausgearbeitet wurde, siehe Abbildung 2. Entsprechend dem im § 1 Abs. 2 StandAG vorgesehenen selbsthinterfragenden und lernenden Verfahren, wird die Struktur darüber hinaus prozessbegleitend weiterentwickelt und ggf. angepasst. Erste Instrumentarien zur Erfassung und Kategorisierung der einzelnen Berichtsteile konnten entwickelt und ausgearbeitet werden.

Mit der schriftlichen Ausarbeitung sowohl einzelner untersetzender Dokumente, als auch des Zwischenberichts Teilgebiete wurde im I. Quartal 2020 begonnen. Neben den direkt in den Zwischenbericht Teilgebiete einfließenden Dokumente und Berichten, werden im Zuge der Ermittlung von Teilgebieten (§ 13 StandAG) und der daran anschließenden Ermittlung von Standortregionen für die übertägige Erkundung (§ 14 StandAG) weitere wissenschaftliche Dokumente, Konzepte und Berichte erstellt, die neben einer formellen Qualitätssicherung (QS) auch einer fachlichen QS bedürfen. Zur Unterstützung der Durchführung der fachlichen QS wurde eine Rahmenvereinbarung im I. Quartal 2020 mit den Unternehmen Brenk Systemplanung GmbH und CDM Smith geschlossen. Inhalte, die durch die untersetzenden Dokumente in den Zwischenbericht Teilgebiete einfließen, werden seit dem II. Quartal 2020 unterstützend durch den Dienstleister einer fachlichen QS unterzogen.

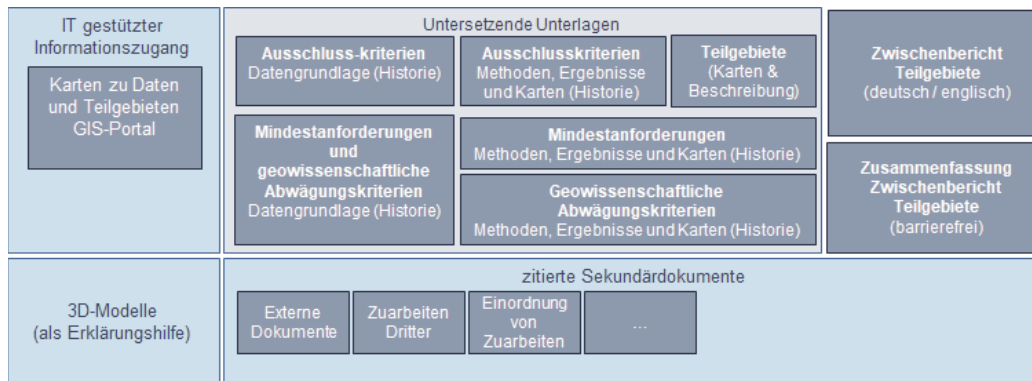


Abbildung 2: Darstellung der Berichtsstruktur für den Zwischenbericht Teilgebiete (Version 07).

Für den Arbeitsschritt 4 - Erstellung Zwischenbericht Teilgebiete gem. § 13 StandAG ergeben sich derzeit im Hinblick auf die identifizierten Risiken der Arbeitsschritte 2 bis 3 keine zusätzlichen Risiken.

2.1.1 Entwicklung des Gesamtprojektes und terminführender Pfad

Für die zeitliche Bewertung und Aufwandsabschätzung der Phase I, Schritt 2 und der Phase II sind die Ergebnisse des Zwischenberichts Teilgebiete zwingend erforderlich. Demnach kann zunächst nur der terminführende Pfad und dessen Entwicklung bis zur Veröffentlichung des Zwischenberichtes Teilgebiete bewertet werden. Im Wesentlichen wird der terminführende Pfad zum Ende des II. Quartals 2020 durch die Anwendung der Mindestanforderungen bestimmt.

Die grundlegenden Arbeiten zur Anwendung der Ausschlusskriterien, Mindestanforderungen und der geowissenschaftlichen Abwägungskriterien sowie die Erstellung des Zwischenberichtes Teilgebiete befinden sich weitgehend plangemäß in Arbeit. Speziell bei den Mindestanforderungen tauchen bei der Bearbeitung neue Fragestellungen auf, welche im Vorhinein schwer absehbar waren. Mit Blick auf die geowK entstehen hierdurch potentiell Probleme, da sich die Bearbeitungsgrundlage ändern kann. Hinzu kommt, dass die geowK Pilotanwendungen nicht verhindern können, dass auch bei der Anwendung der geowK neue Herausforderungen auftauchen, welche zuvor nicht bedacht worden sind.

Mit einem Inkrafttreten des GeolDG im Juni 2020 und einer Veröffentlichung des Zwischenberichts Teilgebiete zum Ende des III. Quartals 2020 verbleiben allen Beteiligten nur rund 3 Monate zur Umsetzung vorgesehener Prozesse für eine Veröffentlichung von Daten, die die getroffene Auswahl entscheidungserheblichen Tatsachen und Erwägungen im Zwischenbericht nachvollziehbar untermauern.

2.1.2 Weitere wesentlichen Aktivitäten im Berichtszeitraum

Auswirkungen der Corona Pandemie

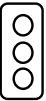



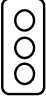
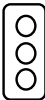
Im Zuge der Corona-Pandemie (COVID-19) und der damit einhergehenden Beschlüsse durch die Bundes- und Landesregierung findet der Betrieb innerhalb der BGE im Sonderbetrieb statt. Im Bereich STA wurden mit Erlass der bundesweiten Kontaktsperre und den damit verbundenen Verhaltensregeln, z. B. die Abstandswahrung, die vom Bereich benutzten Büroräume durch vermehrtes mobiles Arbeiten auf eine verminderte Besetzung reduziert. Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die aufgrund Ihrer Aufgabenbereiche mobil arbeiten können, wurden, soweit möglich, mit Notebooks ausgestattet und überwiegend aus dem Homeoffice tätig. Damit gewinnt der Bereich STA den nötigen Platz vor Ort, um Arbeiten für welche z.B. hohe Rechnerkapazitäten, spezielle Software und performante Datenbankanbindungen notwendig sind, möglichst in Alleinarbeit durchführen zu können.

Die bisher für den Bereich STA tätigen externen Dienstleister arbeiten teils mobil und dadurch langsamer an den von der BGE beauftragten Arbeiten. Die im Rahmen der Datendigitalisierungen in den Archiven der Landesbehörden geplanten und terminierten Kampagnen wurden größtenteils noch im März 2020 abgeschlossen. Weitere Kampagnen waren mit Startterminen für Ende April/Anfang Mai geplant. Hier haben sich aufgrund der Schließung einiger Archive Verzögerungen ergeben, die zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht bewertbar sind, da die pandemiebedingten Maßnahmen auch zum Ende des II. Quartals 2020 noch nicht aufgehoben wurden.

2.2 Ermittlung von Standortregionen für die übertägige Erkundung gem. § 14 StandAG

Für die Ermittlung der Standortregionen nebst übertägiger Erkundungsprogramme wurde der MS „Vorschlag zu den Standortregionen nebst übertägiger Erkundungsprogramme“ identifiziert. In Tabelle 11 werden die zur Erreichung des MS "Vorschlag zu den Standortregionen nebst übertägiger Erkundungsprogramme" erforderlichen Arbeitsschritte hinsichtlich des Umsetzungsgrades dargestellt.

Tabelle 11: *Aktueller Stand der Arbeitsschritte zur Erreichung des MS "Vorschlag zu den Standortregionen nebst übertägiger Erkundungsprogramme".*

Meilenstein		Beginn		Ende		Status
		Plan	Ist	Plan	Ist	
Vorschlag zu den Standortregionen nebst übertägiger Erkundungsprogramme		II. Q 18	II. Q 18	IV. Q. 22 bis: IV. Q. 24 ³	IV. Q. 22 bis: IV. Q. 24 ³	
Nr.	Arbeitsschritte	Beginn		Ende		Status
		Plan	Ist	Plan	Ist	
1	Durchführung repräsentativer vorläufiger Sicherheitsuntersuchungen gem. § 27 StandAG	II. Q 18	II. Q 18	offen	offen	
2	Anwendung der geowissenschaftlichen Abwägungskriterien gem. § 24 StandAG	von: I. Q. 22 bis: II. Q.23 ³	von: I. Q. 22 bis: II. Q.23 ³	offen	offen	
3	Anwendung der planungswissenschaftlichen Abwägungskriterien gem. § 25 StandAG	III. Q 18	III. Q 18	offen	offen	
4	Entwicklung standortbezogener übertägiger Erkundungsprogramme	II. Q 19	II. Q 19	offen	offen	
5	Vorschlag für die übertägig zu erkundenden Standortregionen	offen	offen	offen	offen	

Die eigentlichen Arbeiten zur Umsetzung des MS „Vorschlag zu den Standortregionen nebst übertägiger Erkundungsprogramme“ wurden noch nicht begonnen. Nachfolgende Arbeiten dienen der Vorbereitung der Phase I Schritt 2. Eine Identifizierung von Risiken erfolgt erst zum Zeitpunkt der Arbeiten zur Umsetzung des MS „Vorschlag zu den Standortregionen nebst übertägiger Erkundungsprogramme“.

Für die Durchführung der repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen gemäß § 27 StandAG wurde bereits im II. Quartal 2018 mit der Grundlagenermittlung im

³ Erläuterungen, warum derzeit nur ein abschätzender Zeitrahmen für das Ende von Schritt 2 der Phase I genannt werden kann, ergeben sich aus dem Dokument der BGE (2019) Standortauswahlverfahren - Ablaufplanung bis hin zur Standortentscheidung (Gesamtzeitplanung) (GZ:SG01101/2-3/4-2019#1).

Rahmen eines Forschungsvorhabens gestartet. Ziel der repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen ist es, sicherzustellen, dass ein Standort mit günstigen Voraussetzungen ausgewählt wird und der Sicherheitsnachweis im Genehmigungsverfahren nach § 9b Abs. 1a des Gesetzes über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren (Atomgesetz – AtG) erfolgreich geführt werden kann.

Das Forschungsvorhaben zur „Grundlagenermittlung für die repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen und einer sicherheitsgerichteten Abwägung (RESUS)“ wird nach Erweiterung durch die GRS Bereich Endlagerung Braunschweig (Projektleitung), der BGE TECHNOLOGY und der BGR bis Ende August 2020 durchgeführt.

Für die Anwendung der planungswissenschaftlichen Abwägungskriterien begannen erste Grundlagenermittlungen bereits im III. Quartal 2018. Ziel dieser ersten Grundlagenermittlung ist es, die in der Anlage 12 zu § 25 StandAG aufgeführten Kriterien zu definieren, offene Punkte zu identifizieren und die für die Anwendung erforderliche Datenbasis soweit wie möglich zu beschreiben und deren Abfrage vorzubereiten. Des Weiteren beinhaltet die Grundlagenermittlung eine Empfehlung, wie die Anwendung grundsätzlich stattfinden kann und eine Einordnung hinsichtlich des benötigten Zeitbedarfes für die Schaffung einer Datenbasis und die Anwendung der planungswissenschaftlichen Abwägungskriterien. Eine Überprüfung und ggf. Anpassung der Annahmen findet nach Veröffentlichung des Zwischenbericht Teilgebiete statt.

Für die Planung der in § 14 Abs. 3 StandAG aufgeführten standortbezogenen übertägig durchzuführenden Erkundungsprogramme wurden vorbereitende Arbeiten bereits vergeben. Diese sollen für die übertägige Erkundung in Frage kommende geowissenschaftliche und geophysikalische Methoden in einer Datenbank zusammenstellen und deren Einsatz für das gesetzte Erkundungsziel bewertet werden.

3 Forschung und Entwicklung

Um dem hohen Anspruch von Wissenschaft und Technik im Standortauswahlverfahren für die (Langzeit-) Sicherheit eines Endlagers für hochradioaktive Abfälle zu entsprechen, ist für jedes relevante Themengebiet der wesentliche Forschungsbedarf zu ermitteln. Dies dient dazu, die rechtzeitige Bereitstellung der notwendigen Erkenntnisse zur qualitätsgesicherten und zuverlässigen Umsetzung des Standortauswahlverfahrens für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle und ausgediente Brennelemente gemäß dem StandAG zu ermöglichen.

Eine Aufstellung der Forschungsk Kooperationen und -projekte des Bereichs Standortauswahl wird zu Beginn des III. Quartals 2020 veröffentlicht und sukzessive aktualisiert. Eine gemeinsame Veröffentlichungsplattform aller laufenden Forschungsaktivitäten mit Bezug zur Standortauswahl, sei es durch BGE, BASE oder andere Forschungseinrichtungen, wurde sowohl in Diskussionen mit der Öffentlichkeit angemahnt, wäre aber auch besonders für die Planungen der Vorhabenträgerin von großer Bedeutung.

Aufbauend auf einer ersten Ermittlung der Bedarfe an Forschungs- und Entwicklungsarbeiten für die Standortauswahl, deren Ergebnisse im März 2019 im Rahmen eines zweitägigen Workshops in Braunschweig vorgestellt und diskutiert wurden, wird derzeit die „Standortauswahl Forschungsagenda 2020“ erarbeitet. Die Veröffentlichung ist für den Anfang des III. Quartals 2020 vorgesehen.

Die Working Group on Updating the Strategic Research Agenda der Executive Group der IGD-TP (Implementing Geological Disposal of radioactive waste – Technology Platform), an der sich die BGE im Einvernehmen mit dem BMWi beteiligt hat, hat im II. Quartal 2020 die Aktualisierung der Strategic Research Agenda abgeschlossen. Die Freigabe durch die Executive Group und die Veröffentlichung sollen noch im III. Quartal erfolgen.

Seit dem 01.07.2020 ist die BGE offizieller Partner im Mont Terri Projekt. Für die Phase 26 (01.07.2020 bis 30.06.2021) wird sich die BGE an zwei Experimenten beteiligen.

4 Öffentlichkeitsarbeit

Im Berichtszeitraum fanden keine politisch bzw. gesellschaftspolitisch relevanten Veranstaltungen mit Bezug zum Projekt Standortauswahl statt.

Die Online-Konsultation zu den Methodenpapieren zur Anwendung der Kriterien aus dem Standortauswahlgesetz ist derweil fortgesetzt worden. Die Methodik zur Anwendung der Ausschlusskriterien ist im ersten Quartal abgeschlossen worden. Konsultiert worden sind die Methodenpapiere zum Grundwasseralter, zu großräumigen Vertikalbewegungen, zu aktiven Störungszonen und zum Bergbau. Zudem ist die Anwendungsmethodik für die geowissenschaftlichen Ausschlusskriterien konsultiert worden. Zum Ende des Quartals hat die Konsultation über die Anwendung der Mindestanforderungen begonnen. Die aktive Beteiligung an der Diskussion der Methoden ist weiterhin überschaubar. Aber die Dokumente werden in einem drei- bis vierstelligen Umfang gesichtet und heruntergeladen. Die Methodik zum Grundwasseralter ist 1154-mal angesehen worden, die zu den großräumigen Vertikalbewegungen 1603-mal, zu den aktiven Störungszonen 2828-mal, hier hat sich auch eine fachliche Diskussion entwickelt, zum Bergbau erfolgten 1459 Sichtungen. Das Methodenpapier zu den geowissenschaftlichen Abwägungskriterien ist 726-mal gesichtet worden. Das Papier ist offenbar als abstrakter und schwieriger zu diskutieren wahrgenommen worden.

Im Juni hat die BGE eine Reihe von Erklärvideos gedreht, die im Vorfeld der Veröffentlichung des Zwischenberichts Teilgebiete veröffentlicht werden. Zudem hat der Bereich UKÖ weiterhin Altdokumente veröffentlicht und zudem der Informationsplattform des BASE zur Verfügung gestellt, die nach und nach aufgearbeitet werden.

Der Bereich UKÖ hat sich nach einer internen Diskussion darauf geeinigt, wie der Zwischenbericht Teilgebiete für die Homepage aufgearbeitet werden soll und wie er veröffentlicht werden soll. Zudem hat der Bereich UKÖ an der Erarbeitung eines


Gesamtkonzepts zu Kommunikation und Präsentation des Zwischenberichts Teilgebiete bei der Fachkonferenz Teilgebiete mitgearbeitet.

Neben „Twitter“ und „LinkedIn“ kommuniziert die BGE seit Mai 2020 auch über den sozialen Kanal „Facebook“. Die BGE ist in einer Reihe von größeren Fernsehbeiträgen zur Endlagerung zitiert worden. Auch eine Reihe von Zeitungsartikeln und Blogbeiträgen haben sich mit der Standortauswahl befasst und die BGE jeweils zitiert. Außerdem bereitet der Bereich UKÖ die nächste Ausgabe des Magazins „Einblicke Standortauswahl“ vor, das im September erscheinen soll.

Ende Juni hat ein Austausch mit der Geschäftsführung und der Öffentlichkeitsarbeit der Nagra (Schweiz) zu Themen der Standortauswahl stattgefunden.

5 Literaturverzeichnis

AtG	Atomgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Juli 1985 (BGBl. I S. 1565), das zuletzt durch Artikel 239 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) geändert worden ist
BGE (2019)	Standortauswahlverfahren - Ablaufplanung bis hin zur Standortentscheidung (Gesamtzeitplanung), 2019, Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH, GZ: SG01101/2-3/4-2019#1
BGE (2020)	Antwort der BGE zum Schreiben des BASE, 02.03.2020, Zwischenbericht Teilgebiete -Ihr Schreiben vom 06.11.2019, GZ: SG01101/2-1/4-2019#13
Endlagerkommission (2016)	Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe. Abschlussbericht. Verantwortung für die Zukunft. Ein faires und transparentes Verfahren für die Auswahl eines nationalen Endlagers, K-Drs. 268.
GeolDG	Geologiedatengesetz vom 19 Juni 2020 (BGBl. I S 1387)
StandAG	Standortauswahlgesetz vom 5 Mai 2017 (BGBl. I S. 1074), das zuletzt durch Artikel 247 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) geändert worden ist



Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH
Eschenstraße 55
31224 Peine
T +49 05171 43-0
poststelle@bge.de
www.bge.de